

5.2. Die Gesamteuropäische Bewegung für Frieden und Neutralität⁵⁶

Von Thomas Roithner

Entgegen dem in EU- und NATO-Ländern medial transportierten Bild einer einheitlich zustimmenden Haltung zur Militarisierung Europas kann aber durchaus auch von organisiertem Widerstand gegen diese Militarisierung gesprochen werden. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen geben auf die Frage nach Alternativen eine klare Antwort: Aktive Neutralität.

Ungarn

Im Zuge des NATO-Referendums in Ungarn engagierten sich zwei Gruppierungen besonders vehement für eine Diskussion um den Status der Neutralität für Ungarn. Die pazifistisch orientierte Gruppierung „Alba Kör“ sowie die „Foundation for a Neutral Hungary“. „Alba Kör“⁵⁷ ist eine Friedensgruppierung, die sich mit Fragen des Zivildienstes und antimilitaristischen Fragestellungen auseinandersetzt. „Alba Kör“ formuliert ein klares Nein zur NATO und vertritt eine klar ablehnende Haltung gegenüber der NATO-PfP und dem Euroatlantischen Kooperationsrat der NATO (EACC). Im Sinne der Vertrauensbildung kann die Armee abgebaut werden. Im Gegenzug ist der Aufbau von zivilen Friedensdiensten zu intensivieren. Eine Kooperation auf ziviler Ebene ist für „Alba Kör“ ein unabdingbarer Bestandteil einer gesamteuropäischen Friedenspolitik. Die „Foundation for a Neutral Hungary“⁵⁸ arbeitet seit 7 Jahren. Neben einer Ablehnung der NATO tritt die Bewegung vehement gegen die Militarisierung der EU auf. Statt der Herausbildung eines Militärpaktes EU soll die OSZE finanziell und infrastrukturell unterstützt und aufgewertet werden. Beide ungarischen Bewegungen verstehen unter Neutralität nicht ein Heraushalten aus Konflikten, sondern das Anbieten von Vermittlerdiensten und nichtmilitärischer Konfliktlösung. Enttäuscht sind beide Gruppen von der undemokratischen Organisation und Durchführung des Referendums über den NATO-Beitritt im November 1997. Ungarische Ministerien ließen sich die Pro-Kampagne weit über 100 Millionen Forint kosten.⁵⁹ Sogar die US-Waffenindustrie unterstützte die Pro-NATO-Kampagne.⁶⁰ Auf einer international besetzten Konferenz vor dem Referendum in Budapest bezeichneten die FriedensaktivistInnen die Regierungspropaganda als „brain washing“. Über 50 % der UngarInnen blieben dem Referendum nicht zuletzt deshalb fern.⁶¹ Nur kurz nach dem Beitritt zur NATO wurde Ungarn als Bündnispartner bereits in den Krieg gegen das Nachbarland Jugoslawien hineingezogen. Viele UngarInnen begannen daher an der Friedensfähigkeit der NATO bzw. der Propaganda der Regierung vor dem Referendum zu zweifeln. Heute arbeiten die Bewegungen an einer zivilen Kontrolle des Militärapparates und der Rüstungsausgaben sowie an der Überwachung des noch nuklearwaffenfreien Status des Landes.

⁵⁶ Dieser Beitrag basiert vor allem auf einer vom Autor verfassten und noch unpublizierten Dissertation. Roithner Thomas: Aus freien Stücken und immerwährend. Ein Vergleich der Diskussionen um die Zukunft der Neutralitätsbewegungen in Nord-, Mittel- und Osteuropa innerhalb einer alternativen gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, Linz, April 2000, 473 Seiten. Basis für die gewonnenen Daten sind vom Autor durchgeführte Interviews mit AktivistInnen der Bewegungen der einzelnen Staaten.

⁵⁷ Vgl. dazu: <http://www.albakor.hu/>, Basis für die weiteren hier nicht explizit belegten Informationen ist ein Interview mit Robert Fiedrich und Dr. Tamás Csapody von Alba Kör.

⁵⁸ Vgl. Bányász Rezső: NATO: Europe's future – or yesterday?, in: Roithner Thomas (Hrsg.): Neutrality in Europe. Analysis from peace-movements about all-european security-policy, Wien-Linz 1999, Seite 103–106, Basis für die weiteren hier nicht explizit belegten Informationen ist ein Interview mit dem Botschafter Dr. Bányász Rezső, dem Sprecher der ungarischen Neutralitätsbewegung.

⁵⁹ Vgl. Csapody Tamás: Hungary and the NATO enlargement, Summary Report on Hungary's access to NATO from 1994 to 15th December 1997, page 9, point 4 and page 10, point 7, Budapest 1998.

⁶⁰ Vgl. Csapody Tamás: Hungary and the NATO enlargement, Summary Report on Hungary's access to NATO from 1994 to 15th December 1997, page 10, point 8–9, Budapest 1998.

⁶¹ Vgl. Csapody Tamás: Hungary and the NATO enlargement, Summary Report on Hungary's access to NATO from 1994 to 15th December 1997, page 18, point 1, Budapest 1998.

Tschechische Republik

Auch in der Tschechischen Republik haben sich einige Gruppierungen für die Neutralität bzw. gegen einen NATO-Beitritt formiert. Die „Civic Initiative for a Charter on European Security“⁶² drängt die tschechische Regierung auf Einhaltung ihrer Bekundungen im Zusammenhang mit der OSZE. In der Regierungspolitik spiegeln sich die von den tschechischen Delegierten bei der OSZE unterschriebenen Papiere nicht wider.⁶³ Ganz im Gegenteil schloss die Regierung vor dem NATO-Beitritt jede Diskussion um Alternativen aus. Dabei waren sowohl 1968 als auch 1989 oftmals Rufe nach einer tschechischen Neutralität laut geworden. Die Diskussionen um atomwaffenfreie Zonen wurden von der Regierung ebenso nicht geführt. Die Neutralität wird – ähnlich wie die NATO-BefürworterInnen in Österreich argumentieren – nach dem Ende der bipolaren Welt als nutzlos bezeichnet. Im Sommer 1997 formierte sich die Plattform „Citizens against NATO“. 20 Organisationen aus verschiedensten politischen Bereichen führen ihre Argumente gegen die NATO an. Neben dem Verlust an Souveränität wurde mit dem Argument der steigenden Kosten für Aufrüstung und Atomwaffenstationierung gegen einen NATO-Beitritt geworben.⁶⁴ Die „Zivile Initiative für Neutralität“ in der Tschechischen Republik kritisiert ebenfalls den Mangel an Diskussion über mögliche Alternativen. Ein Berater von Präsident Havel meinte sogar, dass „ein Spiel mit dem Referendum oder mit irgend einer dunstigen Neutralität im allgemeinen ohne Zögern als eine Art von Hochverrat klassifiziert werden kann.“⁶⁵ Die großen Herausforderungen sind eine engagierte Sozial-, Umwelt- und Forschungspolitik. Eine NATO-Aufrüstung steht diesen Anliegen entgegen.

Bulgarien

1997 hat sich in Bulgarien der „Nationale Rat für Neutralität“ gegründet. Das „Bulgarische Komitee für Neutralität“, der „Bulgarische Klub für Neutralität“ sowie der „Klub für ein unabhängiges und souveränes Bulgarien“ zählen zu den InitiatorInnen des Bündnisses.⁶⁶ Heute umfasst der Rat für Neutralität rund ein Dutzend Mitgliedsorganisationen, die gegen den NATO-Blindflug der Regierung aktiv sind. Der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen den Nachbarstaat Jugoslawien hat der Neutralität zu außergewöhnlichen Popularitätswerten verholfen. Gemeinsam mit den neutralen Staaten in der EU, so fordert der Rat für Neutralität, soll Bulgarien unüberhörbare Akzente für nichtmilitärische Konfliktlösungsstrategien setzen. Der immer wieder vorgebrachten Argumentation, dass die Neutralität nur pro-russisches Gedankengut sei, erteilt die Bewegung eine klare Abfuhr: Selbst wenn die USA die NATO verlassen würde und Russland Teil der NATO werden würde, ist die Neutralität die optimale friedenspolitische Lösung für Bulgarien. Wie aktive Neutralitätspolitik in Österreich oder den skandinavischen Staaten begriffen wurde, definiert auch der Bulgarische Nationale Rat die mit der Neutralität verbundenen Werte: Freiheit, Solidarität, soziale Sicherheit und Menschenrechte.⁶⁷

Slowakei

Die „Asociácia stúpencov neutrality“⁶⁸ wurde im Februar 1995 in Bratislava gegründet. Zahlreiche slowakische Intellektuelle unterstützen die Bewegung, die einen starken Akzent im Lobbying der politischen Parteien setzt. Ein Beitritt zur NATO – so die „Assoziation der NeutralitätsbefürworterInnen“ – bringt der Slowakei erhebliche Nachteile in der internationalen

⁶²Vgl. Plichta Dalibor: Sicherheitspolitik in der Tschechischen Republik und die Neutralität, in: Roithner (Hrsg.) 1999, a.a.O., Seite 95–101, Basis für die weiteren hier nicht explizit belegten Informationen ist ein Interview mit Ing. Dalibor Plichta, dem Sprecher der Initiative für eine europäische Sicherheitscharta.

⁶³ Vgl. Grundsatzpapier der „Civic Initiative for a Charter on European Security“ vom 26.2.1998 als Tischvorlage der Konferenz „All-european Security – The year 2000“ vom 9. – 10.6.1998 in Prag.

⁶⁴ Vgl. unpubliziertes Positionspapier der Initiative „Citizens against NATO“, Verfasser: Prof. Dr. Roman J. Raczynski, Prag 1997.

⁶⁵ Seifer Pavel: Du möchtest über Neutralität reden? Du flirtest mit Verrat!, in: Europa-Magazin, Nr. 4/1998, Dezember 1998, <http://europa.crossnet.ch/db?13@^294@.ee6f7be>

⁶⁶ Die Basis für die weiteren hier nicht explizit belegten Informationen sind Interviews mit Prof. Dr. Chavdar Kiuranov (Bulgarian Club for Neutrality), Todor Kondakov (Bulgarian Committee for Neutrality), Ditcho Ouzounov (Club for independent and sovereign Bulgaria).

⁶⁷ Vgl. Kiuranov Chavdar: Neutrality – The only solution for Bulgaria, in: Roithner (Hrsg.) 1999, a.a.O., Seite 111–114.

⁶⁸ Die Basis für die weiteren hier nicht explizit belegten Informationen sind Interviews mit Ing. Stefan Murfn und Prof. Dr. Jaroslav Celko von der Assoziation der NeutralitätsbefürworterInnen.

Politik. Die Teilnahme an Kriegen unter der NATO-Militärstrategie, die Errichtung von Militärstützpunkten sowie die Stationierung fremder Truppen und Atomwaffen könnten Folgen eines Beitrittes sein. In der Neutralität sieht die Assoziation aber vor allem eine selbständige politische Entscheidungsfreiheit und Handlungsfreiräume als unabhängiger Staat. Die friedliche Entwicklung in den Bereichen der gesellschaftlichen Beziehungen und im Umweltschutz ist neben der Pflege von freundschaftlichen Beziehungen mit Nachbarstaaten und Ländern in aller Welt mit der Neutralität verbunden. Die Neutralität ist für die Assoziation eine Gewährleistung, dass die Slowakei die Kosten für ihre Armee aufbringen kann. Die meisten slowakischen Massenmedien bringen positive Berichte über die NATO. Vor allem das „Schreckensbild“ der Isolierung der Slowakei im Falle eines Nicht-Beitritts wird besonders thematisiert. Nach den der Assoziation vorliegenden Meinungsumfragen spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die NATO aus. Dass die Russische Föderation eine Neutralität der Slowakei garantieren würde, stellt für die politischen Eliten jedoch keinen Sicherheitsgewinn dar. Die Assoziation sieht in der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einen ersten Schritt zur Durchsetzung einer Neutralitätszone. Auf Basis der Orientierungen der OSZE – nämlich alle Staaten gleichberechtigt an der internationalen Entwicklung teilnehmen zu lassen – könnte sich die Assoziation der NeutralitätsbefürworterInnen eine neue Friedensordnung für Europa vorstellen.⁶⁹

Kleinere Initiativen für Neutralität haben sich in Slowenien, Rumänien und den Baltischen Staaten formiert.⁷⁰

Finnland

In Finnland hat sich ein breites Netzwerk aus Organisationen gebildet, die am Erhalt der finnischen Neutralitätspolitik arbeiten.⁷¹ Große Skepsis wird unter diesen Nichtregierungsorganisationen in Finnland angesichts der Militarisierung der EU geäußert. Die finnischen friedenspolitisch arbeitenden Organisationen sehen in der OSZE zahlreiche ihrer Anliegen theoretisch verwirklicht. Für das Neutralitätsnetzwerk ist der Begriff Neutralität eng mit Dialog, Vertrauensbildung, Abrüstung, Atomwaffenfreiheit und internationaler Solidarität verknüpft. Zu begrüßen ist die Initiative der finnischen Regierung anlässlich der EU-Präsidentschaft, einen Vorschlag über nichtmilitärisches Krisenmanagement in Diskussion zu bringen.⁷² Nach den tatsächlichen Entwicklungen zum zivilen Krisenmanagement herrscht unter den NGOs allerdings bittere Enttäuschung vor.

Irland

Die irische Bewegung „Peace and Neutrality Alliance“ (PANA) ist ebenfalls ein Netzwerk aus unterschiedlichsten Organisationen aus dem nichtstaatlichen Bereich und politischen Parteien. Neben der Kampagne um die Verhinderung des Beitritts zur NATO-PfP geht das Engagement gegen die Einwebung militärischer Elemente in die EU. PANA arbeitet an der Fortsetzung der Tradition der irischen Abrüstungsinitiativen und des großen Engagements im UNO-Peace-keeping. Bereits 38 % der IrInnen sprachen sich in einem Referendum gegen den Vertrag von Amsterdam aus. Für die Brüsseler Bürokratie noch kein Zeichen der Beunruhigung.⁷³ Irland hat als einziger Staat über den Vertrag von Nizza abgestimmt. 53 % der IrInnen lehnten diesen Vertrag ab. KommentatorInnen werteten dies als unerwartete Krise und haben gleich die nötigen Argumente parat: Die geizigen IrInnen wollen keine EU-Erweiterung, weil sie vom Brüsseler Futternapf weggedrängt werden. Die zweite Erklärung: Die Bevölkerung wäre dumm und unaufgeklärt. Brüssel ist über soviel Undankbarkeit und mangelnder Solidarität empört und die irischen RegierungsvertreterInnen bemühen sich um die Glättung der Wogen. Selbstverständlich ändert ein lächerliches Referendum nichts am Fahrplan der EU. Schon

⁶⁹ Vgl. Murín Stefan: The expansion of NATO to the East is a follow-up of the Cold War Policy by different means, in: Roithner (Hrsg.) 1999, a.a.O., Seite 123–127.

⁷⁰ Vgl. Beiträge von Resnik Samo (Slovenia): A loose group of neutral countries as a building block for a next century European stability; Lacatus Constantin (Romania): Security policy in Romania; Zhdanok Tatyana (Latvia): The Movements for Neutrality in Latvia; in: Roithner (Hrsg.) 1999, a.a.O.

⁷¹ Vgl. Klötzer Ulla: The sneaking integration of Finland into WEU and NATO, page 19 – 25, in: Roithner (Hrsg.) 1999, a.a.O. sowie einem Interview mit Ulla Klötzer.

⁷² Vgl. CFSP/PRES/HEL/0291/99 vom 7.7.1999 „Non-military crisis management“.

⁷³ Basis für die weiteren hier nicht explizit belegten Informationen sind Interviews mit Roger Cole (Peace and Neutrality Alliance) und John O’Dowd (The National Plattform, Ireland).

einen Monat später ist die EU zur Tagesordnung übergegangen. Die wahren Gründe des breiten Netzwerkes gegen den Vertrag von Nizza werden in bekannter Manier überhört. Die Bewegung versteht das Nein das deutliches Zeichen gegen die Militarisierung der EU und gegen die Abschaffung der irischen Neutralität. Irland muss auf die starke Tradition des UN-Peacekeeping setzen, statt sich an einer EU-Interventionstruppe zu beteiligen. Die Kritik des Netzwerkes beschränkt sich nicht nur auf die Friedenspolitik, sondern auch auf Aspekte der Demokratie. Der Umgang Brüssels mit diesem Nein reflektiert eben dieses kritisierte Demokratieverständnis.⁷⁴

Schweden

Ähnlich wie in den anderen neutralen Staaten in der EU sehen die schwedischen Friedensgruppierungen in der Weiterentwicklung der GASP einen möglichen Stolperstein für die Fortführung der bereits traditionsreichen, schwedischen Friedens- und Neutralitätspolitik. Die GASP bedeutet eine große Einschränkung hinsichtlich der Handlungsspielräume für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik.⁷⁵ Zu dieser Tradition zählt beispielsweise die strikte Haltung gegen den Krieg der USA in Vietnam. Die Neutralitätspolitik Schwedens war nie als ein „Heraushalten aus Konflikten“ zu interpretieren, sondern immer als klare Stellungnahme gegen Gewalt und Krieg.

Zahlreiche sicherheitspolitisch arbeitende Bewegungen und Initiativen in Europa sind mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert: Die Meinung der Bevölkerung wird ignoriert und die Leute werden unzureichend informiert, die politischen Eliten des Landes machen keine Angaben über die Kosten der Militarisierung und sprechen nicht über die Stationierung von Atomwaffen oder die Stationierung fremder Truppen. Nichtregierungsorganisationen sind nicht gemäß ihrer Relevanz in staatlichen Medien durch Berichterstattung repräsentiert. Einige politische Forderungen der Bewegungen für Frieden und Neutralität lassen sich ebenfalls gemeinsam artikulieren: Keine Stationierung fremder Truppen oder Atomwaffen, politische und finanzielle Stärkung der OSZE, Reformen der Vereinten Nationen, atomwaffenfreie Zonen sowie Ausbau präventiver und ziviler Konfliktlösungsstrategien. Kriege und Militärinterventionen werden als Mittel der Interessensdurchsetzung nicht anerkannt. Durch den Rückbau des Militärs freiwerdende Mittel sollen in sozialpolitische und ökologische Projekte investiert werden.

⁷⁴ Vgl. hierzu: <http://www.nationalplatform.org/>

⁷⁵ Vgl. unpubliziertes Interview des Autors mit Hans Lindqvist (Center Party Sweden, former MEP) sowie Lindqvist Hans: Neutrality in Independency, in: Roithner (Hrsg.) 1999, a.a.O., Seite 51 – 52.